

**Bündnis 90/ Die Grünen
im Kreistag Landkreis Schweinfurt**

Fraktionssprecherin
Birgid Röder
Hermann-Löns-Str. 10
97447 Gerolzhofen
09382/8879



Herrn Landrat
Florian Töpfer
Landratsamt Schweinfurt
Schrammstr. 1
97421 Schweinfurt

Gerolzhofen, den 11. März 2015

Sehr geehrter Herr Landrat Töpfer,

**zur Kreistagssitzung am 18.03.2015 zu TOP 1: Südlink- Resolution,
bitten wir um Beratung und Beschluss unseres Änderungsantrag**

Zum Bedarf der SuedLink-Leitung

Der Kreistag des Landkreises Schweinfurt erkennt – auch und gerade vor dem Hintergrund des im Landkreis Schweinfurt gelegenen Atomkraftwerks Grafenrheinfeld – die Notwendigkeit der Energiewende an. Die Energiewende ist vorrangig dezentral zu gestalten. Angesichts der Tatsache, dass die Nutzung von Wasserkraft und Biomasse aus ökologischen Gründen stark beschränkt ist, wird ein Schwerpunkt der Stromversorgung der Zukunft auf der Wind- und Solarenergie liegen. Gerade dies erfordert einen überregionalen Netzausbau um ein regional unterschiedliches Stromangebot mit der Stromnachfrage auszugleichen. Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, dass der Transport von „überschüssigem“ Strom grundsätzlich wirtschaftlicher ist, als dessen Speicherung.

Der Bedarf für die SuedLink-Leitung ist in einem langen Prozess unter Einschaltung von externen Gutachtern von der Bundesnetzagentur als unabhängige Bundesbehörde festgestellt worden und durch das von der schwarz-gelben Bundesregierung (CDU / CSU /

FDP) vorgelegte Bundesbedarfplangesetz von Bundestag und Bundesrat im Jahr 2013 beschlossen worden.

Die zwischenzeitlich von der Großen Koalition in Berlin (EEG) und von der CSU-Staatsregierung in München (10H-Regelung) beschlossenen Einschränkungen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien werden das Tempo der Energiewende abbremsen. Ein neuer Szenariorahmen 2025 hat dies berücksichtigt. Der Szenariorahmen 2025 ist nach einer Öffentlichkeitsbeteiligung zum Ende des Jahres 2014 von der Bundesnetzagentur genehmigt worden. Darauf aufbauend wird derzeit ein neuer Netzentwicklungsplan diskutiert. Dieser enthält die SuedLink-Verbindung weiterhin.

Der Bayerische Energiedialog war ein sinnvolles Gremium um Argumente zu verschiedenen Aspekten der Bayerischen Energiepolitik und damit auch des Netzausbaus auszutauschen. Es ist jedoch nicht sinnvoll den Bedarf für den Netzausbau auf der Ebene der Bundesländer zu entscheiden, da es nicht wirtschaftlich ist, dass sich die einzelnen Bundesländer zu jeder Stunde autonom mit Strom versorgen.

Zu den Leitungsendpunkten

Die optimalen Endpunkte einer HGÜ-Leitung ergeben sich aus netztechnischen Berechnungen. Es ist naheliegend, dass Orte an denen in der Vergangenheit Großkraftwerke Strom eingespeist haben dafür in gewisser Weise prädestiniert sind, da dort in der Regel bereits ein ausgebautes 380-kV-Netz zum Weitertransport des Stroms zur Verfügung steht.

Sämtliche HGÜ-Projekte dienen nicht der Versorgung der Regionen der jeweiligen Endpunkte, sondern sind ein Beitrag zur Stabilität des deutschen Stromnetzes

Die konkrete Gestaltung im Landkreis Schweinfurt

Der Landkreis Schweinfurt ist seit vielen Jahren durch Infrastrukturmaßnahmen im Verkehrs- und Strombereich belastet. Eine besondere Belastung ergibt sich aufgrund der Bündelung mehrerer vorhandener und neuer Übertragungsleitungen sowie von Umspann- und Konverterstationen im Bereich der Gemeinde Bergrheinfeld. Die neue Stromleitung wird diese Belastung weiter erhöhen. Wir fordern, daß der Übertragungsnetzbetreiber TenneT und die Bundesnetzagentur darauf Rücksicht nehmen. Dabei sollte es darum gehen, durch Bündelung neuer und bestehender Stromleitungen, Bündelung mit anderen Infrastruktureinrichtungen und insbesondere durch Erdverkabelung die Belastungen zu reduzieren bzw. zu minimieren. Ziel wäre statt der geplanten Freileitung eine komplette Erdverkabelung der SuedLink-Leitung im Landkreis Schweinfurt sowie anderer neuer oder vorhandener Hochspannungsleitungen im Bereich Bergrheinfeld. Die dabei anfallenden zusätzlichen Kosten sollen vom Netzbetreiber TenneT getragen werden und als Kostenbestandteil auf die Netzentgelte umgelegt werden können. Bundestag und Bundesrat

müssen das EnLAG (Energieleitungsausbaugesetz) dahingehend novellieren, dass Erdverkabelung möglich wird.

Mit neuartigen Kunststofferdkabeln, die seit einem halben Jahr im Markt verfügbar sind, werden die Kosten deutlich unter den bisherigen Kosten von Erdkabeln liegen. Die Erdkabel werden in der Landschaft so gut wie nicht sichtbar sein und sie werden keine den Menschen beeinträchtigende Emissionen verursachen.

Der Kreistag fordert den Landrat auf, dieses Anliegen in direkten Gesprächen TenneT und der Bundesnetzagentur vorzutragen. Die Mitglieder des Kreistags werden aufgefordert in ihren politischen Zusammenhängen sich dafür einzusetzen, dass die dafür notwendigen rechtlichen Änderungen auf Bundesebene vorgenommen werden.

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich in der Kreistagssitzung.

*Wir stellen unseren Antrag zur Diskussion und freuen uns über Ihre Zustimmung.
Mit freundlichen Grüßen!*

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Birgit Schmitt, Udo Rumpel, Paul Knoblach, Thomas Vizl, Walter Rachle und Birgid Röder

Kreistagssitzung am 18.03.2015, zu TOP 3: „Resolution des Kreistags des Landkreises Schweinfurt zu SuedLink“ – Begründung des Änderungsantrags der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen;
Vorgetragen durch Kreisrat Thomas Vizl:

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN bringt den Ihnen vorliegenden
Änderungsantrag zur Resolution SuedLink ein, den ich Ihnen hiermit begründen
darf.

[Zuständigkeit des Landkreises]

Zunächst stellen wir fest, daß eine Befassung des Kreistages richtig ist, da der
Landkreis Schweinfurt besonders in seinem nordöstlichen Bereich betroffen ist.
Wir begrüßen deshalb die Initiative des Landrates hier für die betroffene
Bevölkerung zu sprechen und deren Anliegen bei den Landes- und
Bundesbehörden einzubringen.

[Energiepolitik-Ziele]

Der Netzentwicklungsplan der Bundesregierung geht in seinem Szenario B von
einem Anteil der erneuerbaren Energien am bundesdeutschen Energiemix von
rund 44 Prozent aus. Im Jahr 2033 sollen dann 63 Prozent erreicht werden.
Wir – Bündnis 90 / Die Grünen – haben uns, wie auch alle Umweltverbände,
das Ziel 100 Prozent erneuerbare gesetzt.

Um dieses Ziel zu erreichen brauchen wir:

- Ausbau der erneuerbaren Energien,
- Energiesparmaßnahmen,
- Möglichst dezentrale Strukturen,
- Ausbau von Energiespeichern,
- Ausbau der Kraftwärmekopplung
- Und eine möglichst hohe Akzeptanz in der Bevölkerung!

Wir wollen einen möglichst schnellen Ausstieg aus der Atomwirtschaft, damit die daraus entstehenden Gefahren minimiert werden und kein weiterer Atommüll entsteht.

Weiterhin ist für uns eine

- möglichst sichere,
- preisgünstige, verbraucherfreundliche,
- effiziente und umweltverträgliche Versorgung
- der Privat- und Industriekunden

wichtig.

Hiervon hängen die Entwicklung und der Wohlstand unseres Landes und auch unseres Landkreises ab!

[Notwendigkeiten und wer stellt diese fest]

Nach dem im Jahr 2014 anhand neuer Berechnungen vorgelegtem Netzentwicklungsplan besteht weiterhin hoher Ausbaubedarf zwischen Nord- und Süddeutschland, was über vier Hochspannungs-Gleichstromübertragungs-Strecken gedeckt werden soll. Die Leitungen sollen zum besseren Transport des vorwiegend im Norden produzierten Windstroms in den verbrauchstarken Süden dienen; bisher müssen die Windkraftanlagen bei starker Produktion teilweise abgeregelt werden. In Norddeutschland geht der Ausbau der

Windkraft weiter voran, während hier die Staatsregierung den Zubau erforderlicher Windräder durch die 10H-Regelung blockiert.

Sollen zukünftig in Norddeutschland Windräder stillstehen oder ihren Strom billigst an andere europäische Länder verramschen, während hier in Bayern teure und unwirtschaftliche Gaskraftwerke mit fossiler Energie betrieben werden?

Wir haben diese Fragen ausführlichst mit verschiedenen Fachleuten - nicht nur aus unserer eigenen Partei - diskutiert.

Wir sind, auch wenn die eine oder andere Detailfrage noch geklärt werden muss, zu folgendem Ergebnis gekommen: Mit großer Wahrscheinlichkeit wird die SuedLink-Leitung zur Stromübertragung von Windstrom aus Norddeutschland und für Speicherstrom aus Norwegen nach Süddeutschland gebraucht.

Den Nachweis hierzu müssen Bundesregierung und die Bundesnetzagentur nachvollziehbar erbringen.

[technische Möglichkeiten und Alternativen]

Die HGÜ-Technik dient der Energieübertragung mittels Gleichstrom über weite Entfernungen.

Größter Vorteil sind die geringeren Übertragungsverluste im Vergleich zur Wechselstromtechnik.

Eine Aufrüstung der vorhandenen Trassen erscheint nicht ausreichend.

Alternativen hierzu:

- Deutliche Verminderung des Strombedarfs in Bayern in Haushalten und Industrie: → die bisherigen Maßnahmen sind völlig unzureichend.

- Dezentraler Ausbau der Erneuerbaren: → Die 10H-Regelung bei der Windkraft und die vorgenommenen Einschränkungen bei Freiflächen-Photovoltaikanlagen bremsen besonders in Bayern die dezentralen Strukturen.
- Ein Ausbau der Kraftwärmekopplung wird in Deutschland seit vielen Jahren durch falsche Entscheidungen der Politik verhindert. Darunter leidet z.B. auch unser BHKW-Hersteller SenerTec in Schweinfurt.

Fazit: es ist unredlich einerseits eine nationale Energiewende auszurufen und gleichzeitig in Bayern den Ausbau der Windkraft, der Photovoltaik, der Kraft-Wärme-Kopplung und auch neue Stromleitungen zu be- oder gar verhindern!

[gerechte regionale Verteilung der Lasten]

Der Bereich Grafenrheinfeld / Bergrheinfeld ist durch das Atomkraftwerk, durch vorhandenen Stromleitungen und weitere Infrastruktur bereits stark belastet. Deshalb ist der Ruf nach „gerechter“ Verteilung der Lasten gerechtfertigt.

Allerdings müssen wir uns darüber im Klaren sein, daß andere Orte ebenso oder noch weit mehr belastet sind: Denken wir nur an den Braunkohleabbau in der Lausitz oder im Rheinland. Dort verschwinden ganze Orte mit ihrer Geschichte und es entstehen gigantische Löcher.

Wegen des AKW in Grafenrheinfeld ist hier ein Knotenpunkt der deutschen Stromtrassen entstanden. Eine Verlegung dieses Knotenpunktes erscheint uns unrealistisch, da

- a) dann andere Orte ähnlich betroffen sein werden und
- b) niemand die damit verbundenen Kosten tragen will.

Aus den genannten Gründen sind wir gegen jede Art einer Politik, die unangenehme Dinge in den Nachbarlandkreis oder andere Bundesländer verschiebt.

Wenn die Notwendig einer Trasse fest steht, dann muss in einem transparenten Verfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit die dafür geeignetste Trasse gefunden werden.

Wir wollen, auch wegen der besonderen Betroffenheit am Atomkraftwerk Grafenrheinfeld, eine schnelle und umfassende Energiewende! Wir müssen dann aber auch einen Teil der Lasten tragen.

Letztlich muß es uns als verantwortliche Kreispolitiker jetzt darum gehen, die Belastungen auf ein Minimum zu reduzieren!

Deshalb fordern wir im Resolutionsentwurf

- 1. statt der geplanten Freileitung eine komplette Erdverkabelung der SuedLink-Leitung im Landkreis Schweinfurt sowie,**
- 2. zumindest teilweise, auch der vorhandenen Hochspannungsleitungen im Bereich Bergrheinfeld.**

Damit wäre den betroffenen Menschen am besten geholfen!

Gleichzeitig lassen sich damit die nationalen Ziele der Energiewende verwirklichen.

Schweinfurt, 17.03.2015 – Thomas Vizl

für Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen